

## **Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)**

**Bahnhofstraße 14**

**35469 Allendorf (Lumda)**

### **Protokoll der 02. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses**

**Sitzungstermin:** Montag, den 30.05.2016

**Sitzungsbeginn:** 20:00 Uhr

**Sitzungsende:** 23:40 Uhr

**Ort, Raum:** großer Sitzungssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 14

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Herr Ralf Hofmann, eröffnet die 2. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit sechs anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist. Für das entschuldigte Ausschussmitglied Rapahael Omokoko nimmt Herr Karlheinz Erbach an der Sitzung teil.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 09.05.2016 wurden keine Einwände vorgebracht. Es gilt somit als beschlossen.

---

Aufgrund der umfangreichen Tagesordnung schlägt Herr Hofmann vor, die Tagesordnungsreihenfolge insofern zu ändern, dass die Tagesordnungspunkte 2, 7, 8 und 9 an den Schluss der Sitzung verschoben werden. Der Änderung der Tagesordnung wird einstimmig gefolgt. Es ergibt sich folgende geänderte Reihenfolge der Tagesordnung:

---

### **Tagesordnung**

#### **der 02. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 30.05.2016**

- TOP 1: Fortschreibung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes der Freiwilligen Feuerwehr Allendorf (Lumda);  
hier: Vorstellung durch die Firma Forplan, Bonn  
Vorlage: 10/205/2016
- TOP 2: Einrichtungen von neuen Kindergartengruppen in Allendorf (Lumda);  
gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vom 22.02.2016  
hier: Beratung und Beschlussempfehlung

Vorlage: 99/066/2016

- TOP 3: Kommunales Infrastrukturprogramm 2016  
hier: Sachstand und Beratung  
Vorlage: 20/190/2016
- TOP 4: Jahresabschluss 2009 gemäß §§ 113, 114 HGO n. F.; Feststellung  
des Jahresabschlusses mit Entlastung des Magistrates sowie  
Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung  
hier: Beratung und Beschlussempfehlung  
Vorlage: 20/169/2015/1
- TOP 5: IKZ-Projekt Cybersicherheit in öffentlichen Verwaltungen der  
Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf  
hier: Beratung und Beschlussempfehlung  
Vorlage: 20/186/2016
- TOP 6: IKZ Rabenau, gemeinsame Verwaltungsstruktur mit Einsparung  
eines hauptamtlichen Bürgermeisters;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/199/2016
- TOP 7: Einrichtung eines Arbeitskreises "Interkommunale Zusammenarbeit";  
Antrag der FW-Fraktion vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/202/2016
- TOP 8: Resolution für gebührenfreie Kindertagesplätze; Antrag der FW-  
Fraktion vom 14.01.2016  
her: Beratung und Beschussempfehlung  
Vorlage: 99/067/2016
- TOP 9: Einrichtung einer E-Tankstelle durch die Stadt und Umstellung des  
Fuhrparks auf E-Mobilität;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/195/2016
- TOP 10: Jährliche Mittelanmeldungen der Feuerwehr;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/196/2016
- TOP 11: Einstellung eines Klimamanagers;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/197/2016
- TOP 12: Anfragen und Mitteilungen
-

**TOP 1: Fortschreibung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes der Freiwilligen Feuerwehr Allendorf (Lumda); hier: Vorstellung durch die Firma Forplan, Bonn Vorlage: 10/205/2016**

Herr Habeth von der Firma Forplan stellt in seinem Vortrag die Eckpunkte des BEP vor. Fragen aus dem Ausschuss werden von Herrn Habeth sowie von Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause beantwortet.

Herr Ausschussvorsitzender Hofmann bittet darum, dem Ausschuss den PowerPoint-Vortrag zur Verfügung zu stellen. Dies wurde von Herrn Habeth zugesagt.

Es besteht Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt zunächst nur zu beraten.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Fortschreibung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes der Freiwilligen Feuerwehr Allendorf in der vorgelegten Ausführung zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ohne.

---

**TOP 2: Einrichtungen von neuen Kindergartengruppen in Allendorf (Lumda); gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vom 22.02.2016 hier: Beratung und Beschlussempfehlung Vorlage: 99/066/2016**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt einen Sachstandsbericht. Für eine Waldkindergartengruppe, zu der es zwischenzeitlich eine Infoveranstaltung mit der Lebenshilfe gegeben hat, liegen für den Anmeldezeitraum 2016 - 2018 14 verbindliche Anmeldungen vor. Sinnvoll sei ein Start im Frühjahr eines Jahres. Insofern wäre aufgrund der benötigten Vorlaufzeit der Startzeitpunkt eines neu einzurichtenden Waldkindergartens das Frühjahr 2017. Allerdings müsse dies mit einem weiteren Elternaufruf verbunden werden, damit eine sinnvolle Betreuungsgröße erreicht wird. Dies ist für das laufende Jahr nicht der Fall.

Der Ankauf des ehemaligen Grundschulgebäudes in Nordeck ist wegen der bereits erfolgten Veräußerung des Gebäudes an einen Dritten nicht mehr möglich.

In der Kindertagesstätte in Allendorf wird ab dem 01.07.2016 die Hausmeisterwohnung frei. Hier ist vorgesehen und auch mit der Lebenshilfe abgestimmt, die frei werdenden Räumlichkeiten zur Schaffung einer weiteren Gruppe zu nutzen (siehe auch Vorlage zu TOP 3).

Angesichts der geänderten Sachlage verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich auf eine neu zu fassende Beschlussempfehlung:

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Magistrat zu beauftragen, auf die Einrichtung einer Waldkindergartengruppe hinzuwirken. Es sind die finanziellen Auswirkungen darzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

---

**TOP 3: Kommunales Infrastrukturprogramm 2016  
hier: Sachstand und Beratung  
Vorlage: 20/190/2016**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause verweist auf die Beratungen zum TOP 2. Durch das Freiwerden der Hausmeisterwohnung ergibt sich nun die Möglichkeit, eine weitere Gruppe in der Kindertagesstätte Allendorf einzurichten. Hierzu sollen die umzuschichtenden Haushaltsmittel genutzt werden.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, gemäß § 11 Abs. 3 Kommunalinvestitionsprogrammgesetz (KIP) i. V. m. § 100 HGO, die im Haushaltsplan unter dem Produkt 54110, Maßnahme 050 eingestellten Haushaltsmittel zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik zu Gunsten der Erweiterung des Kindergartens in Allendorf (Lumda), Produkt 36510, Maßnahme 001, in Höhe von 60.000 € umzuschichten.

Der Magistrat wird beauftragt, die entsprechenden Fördermittel im Rahmen des KIP zeitnah zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

**TOP 4: Jahresabschluss 2009 gemäß §§ 113, 114 HGO n. F.; Feststellung des Jahresabschlusses mit Entlastung des Magistrates sowie Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung hier: Beratung und Beschlussempfehlung  
Vorlage: 20/169/2015/1**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erläutert die Vorlage. Fragen zum Jahresabschluss werden durch die Bürgermeisterin Bergen-Krause sowie vom Fachbereichsleiter Rausch beantwortet.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung,

1. die vorliegende Jahresrechnung 2009 zu beschließen, bestehend aus der Vermögensrechnung (Bilanz), der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung:
  - in der Bilanzsumme (Aktiva/Passiva) mit 26.793.543,43 Euro sowie einem Eigenkapital in Höhe von 5.337.353,07 Euro,
  - in der Ergebnisrechnung
    - im ordentlichen Ergebnis mit einem Fehlbetrag von 424.480,31 Euro  
und
    - im außerordentlichen Ergebnis mit einem Fehlbetrag von 17.876,77 Euro,  
somit
    - im Jahresergebnis insgesamt mit einem Fehlbetrag von 442.357,08 Euro,
  - in der Finanzrechnung mit einem Finanzmittelfehlbetrag von 245.110,81 Euro.
2. die Jahresfehlbeträge auf die neue Rechnung vorzutragen.
3. dem Magistrat für den Jahresabschluss 2009 gemäß § 114 HGO die Entlastung zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 6  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Einstimmig beschlossen.

**TOP 5: IKZ-Projekt Cybersicherheit in öffentlichen Verwaltungen der Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf  
hier: Beratung und Beschlussempfehlung  
Vorlage: 20/186/2016**

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause weist auf die Notwendigkeit des durch das Land Hessen geförderten IKZ-Projekts der Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf hin. Insbesondere die Sensibilität der in der Verwaltung vorgehaltenen Daten der Bürgerinnen und Bürger in Verbindung mit den gestiegenen Anforderungen an den Datenschutz und der Datensicherheit erfordern ein Tätigwerden des Magistrates. Es folgt eine ausführliche Beratung des Ausschusses. Fragen werden durch Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause sowie Herrn Fachbereichsleiter Rausch beantwortet.

Besonders die durchschnittlichen Projektkosten in Höhe von 2.000 € p. A. werden kritisch gesehen. Infolgedessen wird ein weitergehender Antrag durch Herrn Zientek gestellt:

**Beschlussempfehlung:**

Weitergehende Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass der Magistrat beauftragt wird, vor einer Beschlussfassung über den Beitritt zum IKZ-Projekt zunächst ein weiteres Angebot, welches einen vergleichbaren Leistungsumfang beinhaltet, einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	3	FW, Bündnis90/Die Grünen, BfA/FDP
Nein-Stimmen:	2	CDU, SPD
Enthaltung:	1	FW

Dem weitergehenden Beschlussantrag wurde mehrheitlich gefolgt; eine Abstimmung über die ursprüngliche Beschlussempfehlung entfällt somit.

Ursprüngliche Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Teilnahme am IKZ-Pilotprojekt „Cybersicherheit in öffentlichen Verwaltungen der Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf mit Kreiskommunen“ zu beschließen.

Zur Umsetzung des Projektes soll der Magistrat ermächtigt werden, der Vereinbarung mit den Landkreisen Gießen und Marburg-Biedenkopf sowie den teilnehmenden Kommunen im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auf der Grundlage des beigefügten Vertragsentwurfes beizutreten.

**TOP 6: IKZ Rabenau, gemeinsame Verwaltungsstruktur mit Einsparung eines hauptamtlichen Bürgermeisters;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/199/2016**

Frau Henneberg erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause geht nochmals auf die zeitlichen Abläufe der IKZ mit der Gemeinde Rabenau ein. Sie verweist auf bestehende Projekte u. a. in den Bereichen Waldwirtschaft und der gemeinsamen Nutzung von Geräten im Bauhofbereich aber auch auf die durch die Gemeinde Rabenau in der Vergangenheit abgelehnte IKZ im Bereich eines gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirkes mit der Stadt Allendorf (Lumda).

Weiterhin verteilt sie eine Einladung für eine gemeinsame Arbeitskreissitzung zur IKZ mit der Gemeinde Rabenau am 14.06.2016. Hierzu sind jeweils ein Vertreter jeder Fraktion sowie der Stadtverordnetenvorsteher eingeladen. Auf Vorschlag von Herrn Erbach besteht Einvernehmen, dass jede Fraktion für solche Arbeitskreissitzungen einen festen Vertreter benennt.

Es schließt sich eine rege Diskussion zum Werdegang der IKZ an. Es besteht Einvernehmen, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass

1. der Magistrat beauftragt wird, eine besonders weitreichende Kooperation mit der Gemeinde Rabenau zu schließen.
2. der Magistrat darauf hinwirken soll, eine gemeinsame Verwaltungsstruktur mit der Nachbarkommune zu etablieren. Besonderes Augenmerk soll hier auf das Steigern der Effizienz kommunaler Aufgaben bei möglichen Einsparungspotenzialen gelegt werden. Insbesondere das Einsparen eines hauptamtlichen Bürgermeisters soll angestrebt werden.
3. zudem der Magistrat beauftragt wird, zeitnah der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über die notwendigen Schritte einer solchen Maßnahme zu geben.
4. bei diesem Vorhaben frühzeitig die Bevölkerung in Form von Veröffentlichungen in der Tagespresse, durch Bürgerversammlungen in allen Ortsteilen über den jeweiligen Sachstand zu unterrichten und einzubeziehen ist. Letztendlich, sollte ein freiwilliger Zusammenschluss beider Kommunen aus den Parlamenten gewünscht werden, soll ein Bürgerentscheid stattfinden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ohne

**TOP 7: Einrichtung eines Arbeitskreises "Interkommunale Zusammenarbeit";  
Antrag der FW-Fraktion vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/202/2016**

Herr Käs erläutert den Antrag der FW-Fraktion. Es besteht Einvernehmen, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen. Herr Käs bittet darum, eine Beschlussempfehlung zu einer weiteren Informationsveranstaltung durch das IKZ-Kompetenzzentrum zu beschließen:

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, eine weitere Informationsveranstaltung durch das IKZ-Kompetenzzentrum noch vor der parlamentarischen Sommerpause durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung eines Arbeitskreises „Interkommunale Zusammenarbeit“ mit dem Ziel, Prozesse in diesem Zusammenhang effizienter durchführen zu können, zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ohne.

Der Antrag verbleibt im Geschäftsgang.



**TOP 8: Resolution für gebührenfreie Kindertagesplätze; Antrag der FW-Fraktion vom 14.01.2016  
her: Beratung und Beschlussempfehlung  
Vorlage: 99/067/2016**

Herr Käs erläutert den Antrag der FW-Fraktion. Die Fraktionen geben ihre Stellungnahmen ab.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss beschließt der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, die Notwendigkeit zu gebührenfreien KiTa-Plätzen in ganz Hessen zu sehen und befürwortet den Start für ein Hessisches Volksbegehren, welcher am 14.12.2015 seine Genehmigung fand. Weiterhin wird der dringende Wunsch geäußert, dass sich die Bevölkerung von Allendorf und seinen Stadtteilen sowie allen anderen Städten und Gemeinden an der Unterschriftsammlung aktiv beteiligt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	1 CDU
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

---

**TOP 9: Einrichtung einer E-Tankstelle durch die Stadt und Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/195/2016**

Frau Henneberg erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause verweist auf den § 121 HGO, nachdem sich die Stadt nur dann wirtschaftlich betätigen darf, soweit der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Infolgedessen werden vorhandene E-Tankstellen überwiegend auch von den örtlichen Energieversorgern betrieben. Zwischenzeitlich hat man sich an die Stadtverwaltung Gießen gewandt, die eine E-Tankstelle im Parkhaus betreibt.

Es schließt sich eine rege Diskussion an. Im Einvernehmen mit der antragstellenden Fraktion wird eine gemeinsame Beschlussempfehlung erarbeitet, die lediglich die Positionen 1 und 3 des ursprünglichen Beschlussantrages der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen zum Gegenstand hat.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass

1. die Stadt Allendorf (Lumda) die Möglichkeiten bezüglich der Installation und Vorhaltung einer E-Tankstelle auf dem Gemeindegebiet prüft. Die Verwaltung prüft, wo man solch eine Ladestation errichten kann und wie man die Errichtung durch Zusammenarbeit mit Sponsoren (wie beispielsweise Volksbank Mittelhessen, Sparkasse Gießen oder den Stadtwerken Gießen) erreichen kann. Des Weiteren werden sich daraus ergebende Kosten bzw. wirtschaftlichen Risiken sowie Chancen eruiert.
2. Im Falle der Errichtung soll die Ladestation mindestens die Anschlüsse  
1x CHAdeMO - 39 kW,  
1x Combined Charging -30 kW,  
1x Typ 2,22kW  
erhalten.  
Des Weiteren müssen 3 x Schuko Steckdosen für Elektroroller oder E-Bikes integriert sein.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1 SPD

Einstimmig beschlossen.

---

### **TOP 10: Jährliche Mittelanmeldungen der Feuerwehr; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016 Vorlage: 10/196/2016**

Frau Henneberg erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Der gesetzlich vorgeschriebene Werdegang zur Aufstellung eines Haushalts (§ 97 HGO) wird durch Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erklärt. Herr Erbach macht rechtliche Bedenken gegenüber der beantragten Verfahrensweise geltend. Dem Magistrat obliegt nach seinem Ermessen die Feststellung der Haushaltssatzung bzw. des Haushaltsplanes. Eine vorhergehende Reglementierung der Feststellungsbefugnis des Magistrates zur Haushaltssatzung durch die Stadtverordnetenversammlung ist unzulässig. Vielmehr hat, nach der Feststellung und Einbringung der Haushaltssatzung in die parlamentarische Beratung, die Stadtverordnetenversammlung das Recht und die Pflicht über die eingebrachte Haushaltssatzung zu entscheiden.

Nach eingehender Beratung wird auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden und mit dem Einverständnis der antragstellenden Fraktion eine geänderte Beschlussempfehlung zur Abstimmung gestellt.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass nach der Feststellung des Entwurfes der Haushaltssatzung durch den Magistrat der Stadt Allendorf (Lumda) sowie nach der Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung den städtischen Fraktionen ein gemeinsamer Informationstermin mit dem Stadtbrandinspektor eingeräumt wird, in dem die eingereichten Mittelanmeldungen der Feuerwehr Allendorf (Lumda) erläutert werden. Weiterhin findet eine öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses statt, in der ausschließlich die Mittelanmeldungen des Produkts 12610 „Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes“ beraten werden. Bei der Beratung soll der Stadtbrandinspektor für Fragen zur Verfügung stehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1 CDU

Einstimmig angenommen.

---

**TOP 11: Einstellung eines Klimamanagers;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.04.2016  
Vorlage: 10/197/2016**

Es besteht Einvernehmen, dass der Antrag im Geschäftsgang des Ausschusses verbleibt.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass

- im Zuge einer interkommunalen Zusammenarbeit mit den Kommunen Lollar, Staufenberg und Rabenau ein Klimamanager eingestellt wird, der für die genannten Kommunen tätig wird.
- sofern keine Einigung mit den Nachbarkommunen erzielt werden kann, zu prüfen ist, ob die Einstellung eines Klimaschutzmanagers mit einem Teil der Nachbarkommunen umgesetzt werden kann.
- der Magistrat beauftragt wird, alle erforderlichen Schritte und alle nötigen Maßnahmen einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ohne.

---

## **TOP 12: Anfragen und Mitteilungen**

### **Anfragen:**

Herr Schmidt teilt mit, dass er eine Pressemitteilung gelesen habe, nach der lediglich 50 % der Mittel zum KiTa-Ausbau durch die Kommunen abgerufen wurden. Dies sei für ihn unverständlich und er bittet um Aufklärung.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause antwortet hierauf, dass die Frist zur Beantragung der Mittel aus dem Landesprogramm zum 31.05. ende. Seitens der Stadt Allendorf (Lumda) seien keine Fördermittel beantragt worden, da man diese nun aus dem KIP erhalte. Möglicherweise stelle sich die Frage der Beantragung im nächsten Jahr.

### **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**Allendorf (Lumda), den 31.05.16**

**gez. Hofmann**

**Ralf Hofmann,  
Vorsitzender**

**Rausch**

**Jürgen Rausch,  
Schriftführer**

## Anwesenheitsliste

### **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :**

Frau Stadtverordnete Sandra Henneberg

### **FWG-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Ralf Hofmann

Herr Stadtverordneter Alexander Zientek

### **SPD-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Karlheinz Erbach

### **CDU-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

### **BFA/FDP-Fraktion :**

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

### **Magistrat :**

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause

Herr 1. Stadtrat Udo Schomber

Herr Stadtrat Manfred Lotz

Herr Stadtrat Reiner Placzko

### **Stadtverordnetenvorsteher :**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Thomas Benz

### **Stadtverordnete :**

Frau Stadtverordnete Brigitte Heilmann

Herr Stadtverordneter Thomas Stein

Herr Stadtverordneter Helmut Wißner

### **Verwaltung :**

Herr Leiter Fachbereich Finanzen Jürgen Rausch

### **Fraktionsvorsitzender :**

Herr Stadtverordneter Reiner Käs

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

### **entschuldigt fehlten:**

#### **SPD-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Apala-Raphael Omokoko

#### **Magistrat :**

Frau Stadträtin Petra Sommerlad

Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach